

Jost Dülffer/Gottfried Niedhart (Hrsg.), Frieden durch Demokratie? Genese, Wirkung und Kritik eines Deutungsmusters (Frieden und Krieg. Beiträge zur Historischen Friedensforschung, Bd. 15), Klartext Verlag, Essen 2011, 298 S., kart., 19,95 €.

Vor dem Hintergrund der drohenden Rückkehr zu einem Kalten Krieg in Europa stellen sich Fragen zur Nachhaltigkeit des demokratischen Friedens als einem politischen Leitkonzept für die Entwicklung einer europäischen Friedensordnung neu.

Nun ist die Kritik an westlich sozialisierten Friedensmodellen vor allem auf der südlichen Halbkugel inzwischen weit verbreitet und sie hat diesbezüglich auch zu selbstkritischeren Reflektionen hinsichtlich der universellen Reichweite solcher Konzepte unter westlichen Intellektuellen geführt (etwa Oliver Richmond, David Chandler). Für den engeren europäischen Raum waren solcherart kritische Reflektionen in der transatlantischen politikwissenschaftlichen Literatur bisher jedoch kaum aufzufinden. Auch im politischen Raum galt das Axiom des Friedens durch Demokratie als unerschütterlich. Teil des Gründungsmythos der Europäischen Union schien nach dem Ende des Kalten Kriegs die Übertragung des Prinzips auf den Raum der OSZE eine logische Fortentwicklung. Umso mehr mag verstören, dass ausgerechnet hier – wenn schon nicht das friedenspolitische Potenzial – die Attraktivität und Akzeptanz, somit die politische Bindewirkung des demokratischen Friedens, in Rede stehen. Dabei rückt unter anderem auch die Frage in das Zentrum, ob in akuten Bedrohungssituationen des Friedens das kurzfristige Aushandeln von kriegsfreien Zuständen mit regierenden Potentaten das Interesse an strukturellen, langfristig angelegten Prozessen der Friedensgestaltung überragen kann und sollte. Bisher wurde und wird diese Frage von den beteiligten Akteuren fallweise sehr unterschiedlich beantwortet, teils interessenbedingt, teils abhängig von den gegebenen Rahmenbedingungen für kooperative Lösungen. Das Minsker Format für die Ukraine setzt auf die Verlässlichkeit der russischen Führung als Vertragspartei, wissend um deren sukzessive Abkehr von Grundprinzipien freiheitlicher Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Im Falle Syriens wird das Regime seitens westlicher Akteure wie ein Paria behandelt, seit es sich unwillig hinsichtlich demokratischer Reformen zeigte und seine Herrschaft mit gewaltsamen Mitteln verteidigt. Russland und die westeuropäischen Mächte, Deutschland eingeschlossen, verhalten sich in beiden Konflikten nicht wie Partner, sondern wie Sachwalter gegensätzlicher Interessen. Das Konzept des demokratischen Friedens kommt in dieser interessengeleiteten Konstellation nicht (mehr) vor. Vielmehr scheint Russland sich auf den Weg der Restauration autokratischer Herrschaft zu besinnen, weil die Hinwendung zur Demokratie seine Mitsprache und seinen Einfluss in der europäischen Politik nicht verstärkt, sondern nach eigener Wahrnehmung weiter beschränkt hat.

Angesichts dessen lohnt es sich, für einen Moment innezuhalten und nach den möglicherweise tieferliegenden Ursachen des gelegentlich als überraschend fundamental empfundenen Zerwürfnisses zwischen Russland und dem größer gewordenen demokratischen Westen zu suchen. Dabei hilft eine bereits 2009 geführte Auseinandersetzung im Rahmen des Arbeitskreises Historische Friedensforschung, deren Ideen und Befunde an Aktualität nicht verloren haben. Sie ist in unserem Zusammenhang vor allem deshalb von Interesse, weil Deutungsmuster für das Wechselverhältnis von Demokratie und Frieden in konkrete zeitgeschichtliche Kontexte gestellt und damit weniger normativ als sozial konstruiert und kulturell differenziert elaboriert werden. Hinzu kommt die Behandlung der weitgehend unterforschten Frage nach der Wichtigkeit der Demokratie im Vergleich zu anderen Faktoren, die als friedensfördernd angesehen werden (Dülffer/Niedhart, S. 13). Ausgehend von Immanuel Kant, der im eigentlichen Sinne nicht die Demokratie im Sinne hatte, sondern die Bürgerbeteiligung als Keimzelle für dauerhaften Frieden betrachtete (Thomas Kater, S. 26–28), zeichnen die Beiträge in diesem Sammelband in drei zeitgeschichtlichen Phasen von 1914 bis zur Gegenwart sowie in einem thematischen Kontext (Entwicklung und Frieden) die Genese des Frieden-Demokratie-Diskurses nach. Dabei wird unter anderem deutlich, wie sehr Verlauf und Erfahrung des Zweiten Weltkriegs die Popularisierung

des Demokratie-Frieden-Axioms beeinflussten, und wie sehr vor allem der Diskurs um die Zukunft eines friedlichen, gezähmten und prosperierenden Deutschlands als demokratisierte und integrierte Nation in der Mitte Europas die konzeptionellen Debatten begleitete (Tim B. Müller, S. 156–160) – und wie er im Grunde bis heute das außenpolitische Paradigma der Bundesrepublik ungebrochen prägt.

Der politische Umbruch 1989/90 schien dessen Annahmen zu bestätigen, zumal Osteuropa kaskadengleich von starken Demokratisierungswellen erfasst wurde. Das Dilemma zwischen einem interessengeleiteten (instrumentellen) Politikverständnis und einem ontologisch begründeten (strukturellen) demokratischen Gesellschaftsverständnis wird erst in den späteren Aufsätzen (Jonas Wolff, S. 227–242; Dieter Senghaas, S. 271–292) aufgezeigt, was aber auch daran liegen mag, dass die Verwendung der Begrifflichkeit des demokratischen Friedens im vorgelegten Band leider inkongruent bleibt, beziehungsweise von den Beitragenden sehr unterschiedlich interpretiert worden ist. Dabei ist das genannte Dilemma für das Verstehen der Ursachen jener in den letzten Jahren ausgebrochenen Krise des liberitär-demokratischen Pazifizierungsansatzes von grundlegender Bedeutung: Jede noch so wohlmeinende Demokratieförderung von außen beeinträchtigt potenziell systematisch die Selbstbestimmung des Adressaten und fordert die machtpolitische Kontrolle des souveränen Akteurs heraus (Wolff, S. 241).

Die Einzelbeiträge bieten einen spannenden Fundus an analytischer Reflektion. Nur oberflächlich aus dem Rahmen fällt dabei ein Beitrag zu Willy Brandts Diktum „Frieden durch Entwicklung“ (Bernd Rother, S. 257–269), das zwar gleichsam axiomatisch wie „Frieden durch Demokratie“ erscheint, jedoch Prozessdimension und Strukturdimension der Friedensförderung in einen Zusammenhang rückt. Um den Bogen zum Anfang dieser Betrachtung zu schlagen: Vermisst werden jetzt mehr denn je Stimmen aus dem östlichen Europa, vor allem aus Russland, welche die Brüche der Transformation zwischen erwarteter Selbstbestimmung und erlebter äußerer Einflussnahme authentischer beschreiben könnten, als dies aus beobachtender Perspektive möglich ist. Hinter der Diffusion der wohlklingenden Begrifflichkeiten von Demokratie und Frieden verbergen sich in der politischen Praxis knallharte politische Interessen, welche wahlweise „Demokratie“ oder auch „Frieden“ hinter kurzfristiges politisches Kalkül zurückfallen lassen. Beispiele für interessengeleiteten doppelten Standard gibt es zuhauf. Der vorgelegte Band sucht, einige „Schneisen zu schlagen“ und Anregungen zu liefern (Dülffer/Niedhart, S. 14). Das haben die Herausgeber erreicht, grundlegende Fragen jedoch bleiben.

Hans J. Giessmann, Hamburg

Zitierempfehlung:

Hans J. Giessmann: Rezension von: Jost Dülffer/Gottfried Niedhart (Hrsg.), Frieden durch Demokratie? Genese, Wirkung und Kritik eines Deutungsmusters (Frieden und Krieg. Beiträge zur Historischen Friedensforschung, Bd. 15), Klartext Verlag, Essen 2011, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 55, 2015, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81671>> [23.7.2015].